Das „Hamburger Echo" erscheint täglich zweimal, Sonntags u. nach Feiertagen nur einmal. Bezugspreis: wöchentl. 2,35 M., monatl. 10 M. vorauszahlbar frei ins Haus.
Redaktion: Fehlandstraße 11, 1. Stock. Verantwortlicher Redakteur: Johannes Reitze, Hamburg
Expedition: Fehlandstraße 11, Erdgeschoß. Buchhandlung: Erdgeschoß. Buchdruckerei-Kontor: Fehlandstraße 11, 1. Stock.

Einzelnummer morgens 20 M., abends sowie Sonn- und Festtags 30 M.

Hamburger Echo

Anzeigen: die elfgespaltene Petitzeile 2,20 M., zuzüglich 50 Prozent Teuerungszuschlag. Arbeitsmarkt u. Familienanzeigen 2,40 M.
Anzeigen-Annahme Fehlandstraße 11 im Erdgeschoß (bis 7 Uhr abends für den folgenden Tag), in den Filialen (bis 3 Uhr) und in allen Annoncen-Bureaus.
Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Nr. 227. Donnerstag, den 19. Mai 1921 – Abend-Ausgabe. 35. Jahrgang.

Regierungsbildung.

Nichts wäre dem deutschen Volke in seiner gegenwärtigen Lage mehr zu wünschen als Stabilität der Regierungsverhältnisse. Daß seit mehr als zwei Jahren der Reichspräsident ein ruhender Pol in der Erscheinungen Flucht sein und fast ebenso lange ein und dieselbe Parteigruppierung die preußischen Staatsgeschäfte führen konnte, war ein hoch zu schätzender Vorteil. Zentrum und Demokraten haben sich schwer an den Volksinteressen versündigt, indem sie nach den Preußenwahlen mit der Regierung herumexperimentierten und an Stelle einer Koalition, deren Fähigkeit erprobt war, eine parteitaktische Verlegenheit setzten, der sie selber keine Dauer zu versprechen wagten.

Im Reiche war durch die Juniwahlen im vorigen Jahre und die unverständliche Haltung der Unabhängigen eine Umbildung unvermeidlich geworden. Die Sozialdemokratie hat der damals entstandenen bürgerlichen Regierung eine Lebensdauer von 11 Monaten gegönnt und von allen Versuchen, die Machtverhältnisse wieder zu ihren Gunsten zu ändern, abgesehen. Das ging so lange, bis die erste rein bürgerliche Regierung nach der Revolution an ihrem eigenen Versagen scheiterte und die Sozialdemokratie sich dem Zwang, wieder in die Regierung einzutreten, nicht entziehen konnte.

Kaum aber war dies geschehen, als das Experimentieren der bürgerlichen Mittelparteien schon wieder begann. Man entdeckte sofort, daß der neuen Regierung — was man bei der alten übersah und bei der gegenwärtigen preußischen ebenso gern übersehen möchte — die nötige Breite der parlamentarischen Grundlage fehlt. Die soll geschaffen werden durch Hinzuziehung der Deutschen Volkspartei.

Ueber die Frage darf man in aller Ruhe sprechen. Gesichtspunkte der auswärtigen Politik müßten für sie entscheidend sein. Alles kommt darauf an, daß die jetzt eingeschlagene Linie der auswärtigen Politik weiterverfolgt wird. Deutschland muß die Bestimmungen des von ihm angenommenen Ultimatums nach besten Kräften erfüllen, solange bis es mit innerer Berechtigung und mit Aussicht auf Erfolg den Rechtsgrundsatz für sich geltend machen kann, daß niemand über die Grenze seiner Leistungsfähigkeit hinaus verpflichtet werden kann, das heißt, daß wir in den nächsten Jahren zu den höchsten einheitlich gerichteten Anstrengungen genötigt sind, wenn nicht zum Schluß doch alles umsonst gewesen sein soll.

Die Frage steht danach so, ob der Eintritt der Deutschen Volkspartei in die Regierung dieser Politik förderlich oder schädlich ist. Würde sich die Deutsche Volkspartei geschlossen mit aller Energie und mit allen Kräften, die hinter ihr stehen, für jene Aufgaben einsetzen, dann würden die Vorteile ihres Eintritts alle Nachteile überwiegen. Kann aber diese Partei, die am 10. Mai noch fast geschlossen mit „Nein!" gestimmt hat, ein solches Maß von Einheit und Selbstüberwindung nicht aufbringen, ist vielmehr zu befürchten, daß sie ihren Einfluß in der Regierung dazu mißbrauchen würde, die durch den Beschluß vom 10. Mai vorgezeichnete Politik zu durchkreuzen, dann wäre ihr Eintritt in die Regierung keine Sicherung, sondern eine Gefahr.

Die Regierung wird in Erfüllung ihrer Aufgaben vor Maßnahmen nicht zurückschrecken dürfen, die von den Kreisen der Industrie und des Handels als höchst drückende empfunden werden. Wenn solche Maßnahmen von volksparteilichen Ministern mitgemacht würden, dann wird der Widerstand gegen sie vielleicht etwas geringer sein. Würden aber volksparteiliche Minister sich in der Regierung als die beauftragten Vertreter von Besitzinteressen fühlen, dann wäre der Konflikt zwischen ihnen und ihren sozialistischen Kollegen gegeben, und einer von beiden müßte ausscheiden. Man hätte dann statt der breiten Grundlage nur ein explosives Gemisch geschaffen, das bei der ersten Gelegenheit mit lautem Knall auffliegt.

Darum sei den Experimentatoren Vorsicht empfohlen. Sie können auch nicht vergessen — denn man muß mit gegebenen Tatsachen rechnen —, daß in den sozialistischen Massen ein tief eingewurzeltes Mißtrauen gegen die Deutsche Volkspartei besteht, an dem diese gewiß nicht unschuldig ist. Man späht in der Haltung der Deutschen Volkspartei vergebens nach Anzeichen einer veränderten Politik, die imstande wäre, dieses Mißtrauen zu beseitigen, und darum wird man es auch verstehen, daß die Sozialdemokratie nicht gewillt ist, sich wegen der schönen Augen der Deutschen Volkspartei in innere Kämpfe zu stürzen.

Man hüte sich aber, die Ablehnung der Deutschen Volkspartei als Koalitionsgenossen so zu begründen, daß daraus für Demokraten und Zentrum ein unverdientes Kompliment wird. Es ist kein großer Unterschied zwischen Kopsch und Wiemer, weil der eine bei den Demokraten und der andere bei der Deutschen Volkspartei sitzt. Wenn Herr Heinze von der Volkspartei als Justizminister gegangen und Herr Schiffer, der Demokrat, für ihn gekommen ist, so ist eben nur ein Nationalliberaler durch einen andern ersetzt worden. Hermes, der im Amt gebliebene Ernährungsminister, der dem Zentrum angehört, hatte der Sozialdemokratie mehr Anlaß zur Kritik geboten, als die drei volksparteilichen Minister der früheren Regierung zusammengenommen.

Koalitionen sind immer übel. Leider nur zu oft notwendige Uebel, und darum auf das unbedingt Notwendigste zu beschränken. Daß für die Sozialdemokratie die Notwendigkeit bestand, die alte Koalition mit Demokraten und Zentrum zu erneuern, wenn sie nicht die Franzosen ins Ruhrrevier einrücken lassen wollte, gibt unter vier Augen auch jeder Unabhängige zu. Jetzt wird es Aufgabe der neuen Regierung sein, sich durch Klarheit ihres Programms und Festigkeit ihres Willens eine Mehrheit zu schaffen. Das ist viel besser, als wenn sie sich angstvoll nach neuer Bundesgenossenschaft umsieht, durch die sie sich nur mit neuem Mißtrauen belasten würde. Wer der Deutschen Volkspartei nachläuft, läuft den Sozialdemokraten fort und gefährdet die Fundamente des Regierungsbaues, statt sie zu festigen, und alle vierzehn Tage eine neue Regierung, das erträgt das deutsche Volk in seiner gegenwärtigen Lage nicht. Friedrich Stampfer.

Die Lage in Oberschlesien.

Sämtliche Blättermeldungen aus Oberschlesien deuten darauf hin, daß trotz des Korfantyschen Rückzugsangebots keine Entspannung der Lage eingetreten ist. Es haben sich neue Ausschreitungen der polnischen Insurgenten ereignet. Auf dem Kattowitzer Güterbahnhof wurden mehrere Möbelwagen vollständig ausgeraubt. In Königshütte wurde das Depot für Flüchtlingsbekleidung von Polen ausgeplündert.

Die „Vossische Zeitung" berichtet von zwei Verordnungen Korfantys, in denen er sich Regierungsgewalt anmaßt und die eine offene Brüskierung der Enteutekommission bedeuten. In der einen Verordnung wird die Ausfuhr von Zahlungsmitteln aus dem von Insurgenten besetzten Gebiet bei schwerer Strafe verboten. In der zweiten Verordnung werden die Generaldirektoren der Gruben, die sich außerhalb Oberschlesiens befinden, aufgefordert, dorthin zurückzukehren zwecks Wiederaufnahme des Betriebes, widrigenfalls die Mitglieder des polnischen Vollzugsausschusses selbst zu Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ordnung greifen werden.

Im Hauptbahnhof von Beuthen sind in der Nacht durch polnische Aufrührer 18 Lokomotiven unter den Augen der französischen Wache weggeführt worden. Infolge eines gleichartigen Vorganges im Hauptbahnhof von Kattowitz haben die Kattowitzer Eisenbahner es abgelehnt, den sogenannten Entente-Zug nach Oppeln zu befördern.

Zur Erklärung Lloyd Georges.

Die in unserer Morgenausgabe mitgeteilte Erklärung Lloyd Georges zur oberschlesischen Frage findet in der gesamten englischen Presse größte Beachtung und wird als ernste Warnung an Frankreich angesehen. Wie die Blätter melden, wird Lloyd George morgen abend beim Essen, das der Pilgrim Club zu Ehren des neuen amerikanischen Botschafters Harvey gibt, wahrscheinlich eine wichtige Rede halten, die hauptsächlich die oberschlesische Frage behandeln dürfte.

„Westminster Gazette" schreibt über den britischen und französischen Standpunkt: Jede Politik, die sich auf die Absicht gründet, 60 bis 70 Millionen Deutsche im Zustande der Unterwerfung zu erhalten, müsse fehlschlagen. Frankreich müsse Deutschland fair play geben und die Möglichkeit, zur Ruhe zu kommen.

„Pall Mall and Globe" erklärt, das französische Volk müsse verstehen, daß England unbedingt jede Beteiligung an solchem Abenteuer wie dem polnischen ablehne, und es Deutschland überlassen werde, nach freiem Ermessen mit jedem mutwilligen Angriff der Polen fertig zu werden.

USPD. und Oberschlesien.

Trotzdem auch nicht eine authentische Nachricht, nicht eine tatsächliche Meldung dem zugrunde gelegt werden kann, fahren die putschsüchtigen Bolschewisten fort, den Einfall Korfanths in eine revolutionäre Erhebung umzulügen. Ihre Presse entblödet sich nicht, die Arbeiterschaft fortgesetzt mit dem hanebüchensten Schwindel zu überhäufen, die verbürgten Meldungen über den Einfall der nationalistischen Insurgenten mit dem Chauvinisten Korfanty an der Spitze in solche von bolschewistischen Aufständen umzudrehen. Darüber hinaus gehen sie auch zur tätlichen Demonstration ihrer Lügenmethoden über. In Frankfurt a. M. wurde eine öffentliche Protestkundgebung gegen die Vergewaltigung Oberschlesiens von den Kommunisten gestört. Die Kommunisten drangen gegen die Rednertribüne vor, wobei es zu Tätlichkeiten und Schießereien kam. Nachdem die Schutzpolizei die Täter vertrieben und einige Verhaftungen vorgenommen hatte, konnte die Veranstaltung fortgesetzt werden.

Warschau, London und Amerika.

O. E. (Drahtbericht.) Warschau, 18. Mai.

Die Verwirrung, die die Unterhausrede Lloyd Georges anfänglich hier hervorgerufen hatte, ist bereits gewichen. Nachrichten und Instruktionen aus Paris haben hier die Organisierung eines Widerstandes der öffentlichen Meinung veranlaßt. Während anfangs nur wenige Zeitungen heftig aufbegehrten, ist jetzt der allgemeine Ton der Warschauer Presse scharf und laut. „Wer provoziert einen neuen Krieg?" — fragt die „Gazeta Poranna" — und antwortet: „Lloyd George." Der oberschlesische Aufstand hat das europäische Schachergeschäft verdorben," schreibt der sozialdemokratische „Robotnik" (!), nicht England, sondern Frankreich hat heute die Macht in Europa." Auch die nationaldemokratische „Gazeta Warszawska" führt eine ähnliche Sprache. Der Grad der Frondeurstimmung wird am besten dadurch gekennzeichnet, daß der dem Ministerpräsidenten Witos und dem Außenministerium nahestehende „Kurjer Poranny" die Abberufung des Warschauer englischen Gesandten Maxmüller fordert. In der Presse macht sich neuerdings ein lebhaftes Werben um Amerika geltend. Der Außenminister Sapieha ist soeben aus Paris zurückgekehrt, wo er mit Briand konferiert hat. Nach einer Meldung des „Kurjer Poranny" beschloß der polnische Ministerrat, daß Polen angesichts der tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten zwischen Paris und London nicht in passiver Haltung verharren könne. Indessen verhält sich die bevorstehende Sejmrede des Ministerpräsidenten Witos, die in Uebereinstimmung mit dem Ministerrat redigiert worden ist, wie verlautet, wesentlich verteidigend gegen Lloyd George und vermeidet antienglische Schroffheiten. Zur Bekräftigung der französischen Orientierung sollen, nachdem Frankreich alle geforderten Naphthakonzessionen und Handelsprärogative unter dem Eindruck der letzten Tage von Polen zugestanden worden sind, die bisher noch nicht unterschriebenen polnisch-französischen Verträge politischer, militärischer und wirtschaftlicher Art morgen in Paris unterzeichnet werden.

*

In Beantwortung des Ersuchens Polens, um Amerikas Unterstützung in der oberschlesischen Frage vor dem Obersten Rat, betont Hughes (nach einer Reutermeldung) neuerlich, daß die Politik der Vereinigten Staaten sich in wesentliche europäische Fragen nicht einzumischen wünsche. Die amerikanischen Vertreter in den europäischen Räten würden ausschließlich als Beobachter zugegen sein, es sei denn, daß die Interessen der Vereinigten Staaten unmittelbar berührt würden.

Der Prozeß gegen Eitel Friedrich

hat sein Gegenstück in einer Verhandlung vor dem Amtsgericht in Bentheim gefunden. Angeklagt war ein Freund des ehemaligen Kaisers, Graf S. Dieser war im Frühjahr 1920 zum Besuch seiner in Doorn weilenden Gattin gefahren. Er trug in seiner Rocktasche einen Brillantschmuck im Werte von 1½ Millionen Mark bei sich, den seine Gattin bei einer Feierlichkeit anlegen sollte. In Bentheim wurden seine Koffer revidiert und mit den Kontrollzetteln versehen. Vor Eintritt in den Raum zur persönlichen Untersuchung entnahm der Angeklagte den Schmuck seiner Rocktasche und legte ihn in seine schon revidierte Handtasche. Das wurde von einem Zollbeamten beobachtet und der Schmuck beschlagnahmt. Die Folge war die Anklage wegen verbotener Ausfuhr und Zollunterschlagung. Vor Gericht erklärte der Angeklagte, daß das Familienstück nach der Feierlichkeit nach Deutschland zurückgeschafft werden sollte. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 6 Millionen Mark, nämlich der doppelte Wert des Schmuckes und die Einziehung. Das Gericht sprach den Angeklagten frei. Nach der in Bentheim in der Zollstelle herrschenden Praxis hätte eine Dame des gesellschaftlichen Kreises, dem der Angeklagte angehörte, einen derart wertvollen Schmuck ohne weiteres mit über die Grenze nehmen dürfen. Wenn die Gattin des Angeklagten den Schmuck selbst über die Grenze gebracht hätte, würde dies mit Rücksichtnahme auf die gesellschaftlichen und finanziellen Verhältnisse nicht beanstandet worden sein. (!!) Daß der Angeklagte nicht diesen Umweg gewählt, sondern den Schmuck einfach in der Tasche mit herübergenommen habe, spreche mehr für als gegen ihn.

Zur Verurteilung des Prinzen Eitel Friedrich schreibt der „Vorwärts":

„5000 M sind zwar für einen Hohenzollern ein Trinkgeld, aber die Hohenzollernehre hat mit diesem Urteil ein unheilbares Loch. Es ist festgestellt, daß ein Prinz des Hauses, der zurzeit sogar als dessen Chef fungiert, Kapitalien ins Ausland verschoben hat, und zwar durch Vermittlung eines Bankhauses, dessen Hauptgeschäftszweig in der unerlaubten Kapitalverschiebung bestand, dessen Inhaber also schlechthin als Schieber bezeichnet werden müssen. Die Gemeinschaft zwischen Hohenzollern und Schiebertum ist damit gerichtlich festgestellt. Sie erstreckt sich nicht nur auf die Person des Eitel Friedrich, sondern dieser selbst hat die Hauptschuld auf seinen durch Selbstmord geendeten Bruder Joachim gewälzt (was wir nicht gerade ritterlich finden), und anderseits ist bereits bekannt, daß auch der ehemalige Kronprinz und seine Gattin Cecilie zu dem Schieberhaus Grusser enge Verbindung hatten.

Als Genosse Hermann Müller diese Angelegenheit am 22. November 1920 im Reichstag enthüllte, bekam die reaktionäre Presse Tobsuchtsanfälle. Sie brachte sogar ein offiziös aussehendes Dementi, in dem es hieß: „In Wahrheit ist bereits festgestellt (!), daß auch nicht ein Mitglied des früheren preußischen Königshauses irgendwelche Beziehungen zu der Firma Grusser, Philippson & Co. hatte." Vor Gericht ist heute das Gegenteil und damit gleichzeitig festgestellt worden, daß die reaktionäre Presse einfach das Blaue vom Himmel heruntergeschwindelt hat.

Ein Zollernprinz als Kapitalschieber verurteilt! Allerdings eine bittere Pille für die Leute, die eben erst in Potsdam demonstrierten. Aber für den Kundigen nur ein kleiner Abschnitt aus dem langen Kapitel, dem man die Ueberschrift geben kann: „Verdienste der Hohenzollern".

Das Volksbegehren.

Der erste Versuch mit dem Recht des Volksbegehrens, der in Hamburg unternommen werden soll, ist ein Versuch am untauglichen Objekt. Das Reichsmietegesetz wird in absehbarer Zeit kommen, und da nach der Reichsverfassung das Landesrecht durch das Reichsrecht gebrochen wird, so können alle in Hamburg geschaffenen Gesetze nur soweit Geltung erlangen, als sie der Reichsgesetzgebung nicht widersprechen. Deshalb ist auch der Gesetzentwurf, den jetzt der Mieterverband für Groß-Hamburg durch das Volksbegehren zum Gesetz machen will, mit dem Vorbehalt versehen, daß er die Genehmigung des Reichsarbeitsministers finden muß, denn ohne diese kann er überhaupt nicht Gesetz werden.

Das ist der Hauptgrund, weshalb die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft, die sozialdemokratische Landesorganisation, der Arbeiterrat und überhaupt jeder, der an diese Frage mit dem nötigen Verantwortungsgefühl herangetreten ist, sich dem Volksbegehren in der vom Mieterverband beliebten Form widersetzt hat. Mit Recht hat auch eine andere Mieterorganisation bereits darauf aufmerksam gemacht, daß dieses Verfahren des Mieterverbandes auf eine Vergeudung von Kraft und Geld hinausläuft, die in dieser Zeit, wo es vor allen Dingen doch darauf ankommt, neue Wohnungen herzustellen, besser für eine direkte Abhilfe der Wohnungsnot verwendet worden wären. Aber das Verfahren ist nun einmal eingeleitet und es muß nun seinen Gang nehmen.

Zur Aufklärung, was der vom Mieterverband aufgestellte Gesetzentwurf bezweckt, sollen in dieser Woche in ganz Hamburg Versammlungen stattfinden. Die kommunistische „Volkszeitung" ist bereits dabei, die dabei zu erwartenden Auseinandersetzungen für ihre Parteizwecke auszunutzen. Wir müssen es dem Mieterverband überlassen, sich dagegen zu wehren, wollen aber doch festhalten, daß die Kommunisten ganz offen von der Unfruchtbarkeit des Unterfangens der Mieterorganisation reden, und ebenso offen erklären, nur ihrer kommunistischen Agitation wegen sich an der Sache zu beteiligen. Diese Stellungnahme der Kommunisten war vorauszusehen, das hätte auch der Mieterverband wissen müssen. Von der sozialdemokratischen Parteileitung ist er ernst genug auf die dauernd im Hinterhalt liegenden Kommunisten mit ihrer Vergiftungssucht hingewiesen worden. Man kann, wie die Dinge nun laufen, nur hoffen, daß trotz alledem keine Mieter und Mieterinnen auf den Leim der Kommunisten gehen. Hoffentlich erinnern sich alle daran, daß ja gerade die Clownspolitik der Kommunisten schuld daran ist, daß der Mieterverband glaubt, das Volksbegehren durchführen zu müssen. Denn die Kommunisten lehnten ja in der Bürgerschaft am 27. April den Antrag Umland gemeinsam mit den Grundeigentümern und Deutschnationalen höhnend und spöttelnd ab. Und dieser Antag forderte alles das, was das Mietgesetz, das jetzt Gegenstand eines Volksbegehrens werden soll, auch fordert. Und es ist kein Zweifel darüber zu hegen: Die Kommunisten werden auch den Gesetzentwurf des Mieterverbandes, wenn er an die Bürgerschaft gelangen sollte, genau so höhnend und spöttelnd ablehnen wie den Antrag Umland, weil sie eben fü den Ernst und die Schwere des täglichen sozialen Ringens nur noch Hohn und Spott und höchstens noch eine Putschaktion mit Arbeiterblut und Führerausreißerei übrig haben.

Viele Mitglieder der sozialdemokratischen Partei glauben das Volksbegehren unterstützen zu müssen. Die Partei läßt ihnen Freiheit. Viele Mitglieder aber lehnen die Unterstützung des Volksbegehrens ab. Insbesondere ist die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft und die Parteileitung sich einig, daß das „Gesetz über die Mietzinsbildung", wie es der Mieterverband vorlegt, eine Reihe vorteilhafter rechtlicher Neuordnungen bringen würde. Bringen würde! Das heißt immer: wenn das Reich ihm die Zustimmung gibt. Einig ist man sich aber auch darin, daß das Gesetz für den größten Teil der Mieter bedeutende Mieteerhöhungen bringen würde.

Auf die Friedensmiete von 1914, die allerdings erst um 15 vom Hundert verkürzt werden soll, soll ein Zuschlag (§ 7) für Betriebskosten und ein Zuschlag für die Unterhaltungskosten erhoben werden. Die Betriebskostenzuschläge sollen „in ihrer Höhe dem jeweiligen Stand der Betriebskosten entsprechen und nach Hundertsätzen bestimmt werden". Für die Unterhaltungskosten soll ein Zuschlag erhoben werden, „der 50 % der Grundmiete nicht übersteigen darf. Als Betriebskosten sollen gelten (§ 3): Die auf dem Grundstück ruhenden Steuern, öffentliche Abgaben, Versicherungsgebühren, Verwaltungskosten und ähnliche Unkosten. Als Unterhaltungskosten sollen gelten: Erneuerung der Dachrinne und Ablaufrohre, Umdecken des Daches, Abputz oder Anstrich des Hauses von außen, Anstrich des Treppenhauses und Erneuerung der Heizungsanlagen usw.

Praktisch würde sich ergeben, daß mindestens 50 % Zuschlag für Betriebskosten, der ja nach dem Gesetz erlaubt ist, und mindestens 50 % der um 15 % herabgesetzten Grundmiete von 1914 für Unterhaltungskosten erhoben würden. Das ergibt folgendes Rechenexempel: Friedensmiete 360 M, weniger 15 % = 306 M.

Martin Salander.

Roman von Gottfried Keller.

[40]

„Das letztere ist gut, es wird den Uebermut unseres üppigen Handwerkerstandes dämpfen! Die Axt im Haus erspart den Zimmermann!" bemerkte Frau Marie.

Martin machte ein ebenso rätselhaftes Gesicht wie seine Frau, da er nicht wußte, wie es gemeint war; denn der genannte Stand war just übel dran.

„Mein Vortrag scheint nicht Deine durchgehende Billigung zu haben!" sagte Martin, abermals vor ihr stehenbleibend. „Es ist Dir zu vieles darin, nicht wahr?"

Aber mit ernster Miene und prüfend zu ihm aufblickend, erwiderte sie: „Nein, lieber Mann! Es fehlt mir im Gegenteil noch etwas ziemlich Wichtiges an dem Programm, was aber vielleicht nicht dazu gehört und einer besonderen Entschließung vorbehalten ist. Vergessen oder übersehen worden kann es nicht sein!"

„Was wäre denn das? Vielleicht die obligatorische Kochschule auf Staats- und Gemeindekosten? Aber die gehört in das Programm der Mädchenerziehung, das auch in Aussicht genommen ist. Du wirst ohne Zweifel in die betreffende Frauenkommission berufen werden und Dich als meine Gattin nicht wohl entziehen können!"

„Das meine ich alles nicht! Ich meine den schrecklichen Kriegszug, welchen die Schweizer nach Asien oder Afrika werden unternehmen müssen, um ein Heer von Arbeitssklaven, oder besser ein Land zu erobern, das sie liefert. Denn ohne Einführung der Sklaverei, wer soll denn den ärmeren Bauern die Feldarbeit verrichten helfen, wer die Jünglinge ernähren? Oder wollt Ihr diese besolden, bis sie zwanzig Jahre alt sind und dann alles verstehen, nur nicht zu arbeiten, den gezimmerten Tisch und die Bank ausgenommen?"

„Aber Marie! was soll denn das heißen?" sagte Martin mit rot überlaufener Stirne; „Du erwiderst ja mein ehrerbietiges Vertrauen heute mit lauter Satiren, und das von den bitteren!"

„Verzeih mir, Martin! Ich bin nicht bittern Herzens, ich weiß ja, wie Du in allem gesinnt bist! Ich bin bloß ein bißchen traurig, weil ich auch weiß, daß Du einer großen Enttäuschung entgegensteuerst, und das tragen wir in unserm Alter nicht mehr so leicht wie früher!"

„In unserm Alter? Woher sind wir alt, wenn wir es nicht wollen sein! Und was die Illusionen betrifft, so tun sie nicht weh, so wenig wie bunte Seifenblasen, die uns an der Nase platzen!"

Dies sagte er mehr zum Scherz, um den ernst gewordenen Ton der Frau abzulenken, der ihm unbequem wurde. Denn unter den zahlreichen Gegnern des so ausgedehnten Unterrichtswesens hatte noch nicht ein einziger Mann gewagt, sich in dieser Weise zu äußern.

„Lassen wir jetzt die Geschichten, die Dich nicht freuen," nahm er wieder das Wort, „und kommen wir auf die Kinder zu reden, deren Hochzeit Du vorhin gedachtest! Ich wollte Dich schon einmal fragen, warum man die jungen Frauen nie mehr sieht? Oder ist die eine oder andere in meiner Abwesenheit gekommen? Früher, im Anfang, trafen sie gern etwa bei uns zusammen, wenn sie die Männer in die Stadt begleiteten, das ist auch seit geraumer Zeit nicht mehr geschehen."

Marie Salander wurde noch viel ernster, als sie schon gewesen war, sagte aber nur:

„Ich weiß nicht, was es ist, es fällt mir auch auf. Aus ihren knappen Briefchen ist schon lange nichts mehr zu entnehmen, was sie näher angeht. Ich dachte, Du wüßtest mehr von ihnen, weil Du ja mit den Schwiegersöhnen verkehrst, die sich noch weniger hier sehen lassen."

„Es hat auch aufgehört bei mir! Ich habe mich ihrer Dienstleistungen in ihren Bezirken vertraulich bedient; als ich aber wahrnahm, daß sie zu viel Brimborium dabei machten und namentlich jede unbedeutende Geschichte zu einer Reise und Lustbarkeit benutzten, hielt ich es als Schwiegerpapa für meine Pflicht, diese Art Verkehr einzustellen. Uebrigens alles ohne üble Nachrede, denn es sind immer noch junge Leute!"

Frau Salander seufzte erst jetzt ein wenig, als sie sagte, sie wisse doch etwas mehr als der Mann, obschon nichts Erkennbares, und wolle nicht länger damit zurückhalten. Sie fuhr also fort:

„Seit einem halben Jahre ist weder Setti noch Netti mehr hier gewesen; von guter Hand habe ich jedoch vernommen, daß sie untereinander sich seit länger als einem Jahre nicht mehr sehen, daß sie sich sogar zu vermeiden scheinen, so gut sie können, während sie in den ersten Zeiten ihrer Verheiratung einander jede Woche einmal besuchten, bald im Lautenspiel, bald auf dem Lindenberg zusammensaßen. Was ist nun das? Was ist geschehen? Ich weiß es nicht, und niemand will es wissen!"

„Vielleicht ist es eine Kinderei," meinte Salander, einigermaßen betroffen, „vielleicht doch mehr!" setzte er nach einer Minute Nachdenkens hinzu; „am Ende hat sich der Zwillingswahn, von dem sie besessen waren, in eine andere Idee verwandelt oder ein Junges bekommen, da sie selbst noch kein Kind haben!"

„Vielleicht und am Ende," entgegnete die Frau, „wäre es ein Glück, wenn sie überhaupt keine Kinder bekämen. Es will mich eine Ahnung beschleichen, als ob etwas nicht in Ordnung wäre und die Kinder nicht wagten, sich uns anzuvertrauen, namentlich mir, weil sie nur ihrem Willen gefolgt sind."

„In diesem Falle müßte man doch suchen, dahinter zu kommen und ihnen zu helfen!"

„Das habe ich schon gedacht; aber wie, ohne mehr zu schaden, als zu nützen?"

„Ich glaube, das Einfachste wäre, sie beide eines schönen Tages mit unserer Heimsuchung zu überraschen, die wir den Leutchen sowieso schuldig sind; wir waren erst einmal bei jeder Partei! Wenn wir bei gutem Wetter mit einem Morgenzuge nach Unterlaub führen, zu Setti hinauswanderten und uns dort eine oder zwei Stunden aufhielten, so würden wir zunächst ungefähr merken, wie es dort steht oder ob etwas zu erfahren ist. Dann kutschieren wir auf der Kreuzbahn nach Lindenberg hinüber und fordern Setti auf, mit uns zu Netti zu kommen. Wir werden ja sehen, ob sie's tut und was sie sagt und was sich weiter begeben wird. Abends sind wir bequem wieder hier."

Der Frau Salander war dieser Vorschlag willkommener, wie auch die Besorgnis tiefer, als sie erraten ließ. Sie verschoben die Fahrt deswegen aber keineswegs; an einem der nächsten Tage reisten sie nach der Station bei Unterlaub und gingen zu Fuß in das sogenannte Lautenspiel. Als sie die liebliche Lage des Hauses in dem lichten Buchenbestande, der es zur Hälfte umgab und vom Finkenschlag widerhallte, mit neuem Wohlgefallen erblickten, sagte Martin Salander:

„Es müßte doch nicht mit rechten Dingen zugehen, wenn in diesem idyllischen Frieden ein ernstliches Unheil gedeihen könnte! Wie reinlich ist der Kies auf dem ganzen Platz geharkt; und auch das Parkgehölz ist in sauberstem Zustande, und darüber weg sieht man noch eine mächtige Kronenfülle des eigentlichen Forstes sich links die Höhe hinanziehen!"

„Ja, es ist schön hier!" antwortete Frau Marie, „vielleicht nur zu schön für müßige Herzen!"

Sie gingen um das Haus herum, wo an der hinteren Tür, wie an der vorderen eine kleine Orangerie in alten Kübeln aufgestellt war. Bei einem der Bäumchen stand Frau Setti Weidelich in schönem Kleide, mit dem Ausbrechen abgängiger Blätter beschäftigt. Ihr Gesicht schien im Profil schmäler als früher, blasser und vor allem freudlos.

„Da sieh!" flüsterte Marie Salander, den Mann am Arme berührend.

Er blieb einen Augenblick stehen und sah die Tochter, ging dann aber um so rascher vorwärts, so daß Setti, die im feinen Kiese knirschenden Schritte hörte und sich wendete. Kaum erblickte sie Vater und Mutter, so strahlte ungewohnte Freude auf ihrem Gesichte, einen Schleier der Wehmut durchbrechend, der sich gleichzeitig darüber verbreiten wollte. Aber nur zögernd trat sie ihnen entgegen, bis sie sah, daß die Eltern die Schritte beschleunigten, und ihnen nun in die Arme flog.

„Muß man Dich aufsuchen, wenn man Dich einmal sehen will?" sagten sie, „und Netti auch? Was ist das für eine Aufführung?"

Setti errötete stark und schlug die Augen nieder.

„Ich weiß nicht, ich komme nicht von Hause weg," entgegnete die junge Frau verlegen, „aber habt Ihr denn Netti auch nicht gesehen?"

„So wenig wie Dich! Wo fehlt es denn?" fragte die Mutter.

„Wo sollte es fehlen? Auch die zufälligen Ursachen können sich ja gleichen und überall dieselben Folgen haben! Aber wollt Ihr nicht ins Haus kommen und ausruhen, liebe Eltern? Wie sehr erfreut Ihr mich! Darum hat es mir auch so schön geträumt in der vergangenen Nacht!"

„Geträumt? Und was denn?" fragte der Vater.

Fortsetzung folgt.